



Sonderinitiative Geflüchtete und Aufnahmeländer

Kapitel 2310, Titel 896 32

1. Kurzbeschreibung der Sonderinitiative/ Ziel des Titels:

Mit der 2014 gegründeten Sonderinitiative Geflüchtete und Aufnahmeländer (SI GA, vormals SI Flucht) kann das BMZ gezielt auf die Herausforderungen von Fluchtsituationen reagieren und Aufnahmeländer unterstützen. In akuten wie auch in langanhaltenden Krisen soll die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessert und somit Lebens-, Bleibe- und Rückkehrperspektiven in Aufnahmeregionen geschaffen werden.

Die Sonderinitiative verfolgt einen integrierten und flexiblen Einsatz aller Instrumente (bilateral, multilateral, nicht-staatlich) entlang ihrer jeweiligen Vorteile. Dadurch werden auch nicht-staatlichen Trägern zusätzliche Mittel für drängende entwicklungspolitische Aufgaben im Fluchtkontext zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung der Vorhaben nicht-staatlicher Träger erfolgt im Rahmen der geltenden Förderrichtlinien für private deutsche Träger.

2. Kriterien für die Förderung nicht-staatlicher Träger:

Grundsätzlich ist die Förderung von Vorhaben in allen BMZ-Kooperationsländern möglich. Wir begrüßen Vorschläge in akuten, aber auch in vergessenen und langanhaltenden Kontexten.

- Zwingend erforderlich ist ein Flucht-, Vertreibungs- oder Rückkehrkontext (konflikt- oder klimainduziert).
- Alle Vorhaben, in denen Flüchtlinge/Binnenvertriebene/ Rückkehrende unterstützt werden, müssen die aufnehmenden Gemeinden beziehungsweise die Bevölkerung, der in der Nähe von Flüchtlingscamps gelegenen Siedlungen, gleichfalls unterstützen („Do no harm“).
- Übergreifend legt die Sonderinitiative einen starken Fokus auf Ansätze einer Feministischen Entwicklungspolitik. Dazu sollen genderresponsive- oder transformative Wirkungen unterstützt werden (unter anderem über gezielte Beschäftigungsförderung von Frauen und/ oder Repräsentanz von Frauen mit Fluchterfahrung in politischen und multilateralen Prozessen).
- In Betracht kommen insbesondere (nicht abschließend) Vorhaben, die folgende (Querschnitts-) Themen berücksichtigen: Prävention akuter Fluchtursachen (insbesondere Verfolgung, Bürgerkrieg) mittels Konflikt- und Gewaltprävention und -bearbeitung, Schutz von vulnerablen Gruppen, Schutz von Betroffenen gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt, Kinder- und Jugendrechte im Fluchtkontext und unterstützende Maßnahmen zur Förderung von psychischer Gesundheit von Betroffenen mit psychischen und sozialen Belastungen, Beschäftigungsförderung und Bildung, Umwelt- beziehungsweise Klimabezug, Unterstützung von Binnenvertriebenen/ Flüchtlingen in „vergessenen“ Weltregionen, Reintegration von Flüchtlingen/ Binnenvertriebenen. Es wird um eine Desaggregation der Zielgruppen gebeten.



- Die Umsetzung von Vorhaben deutscher, nicht-staatlicher Träger mit lokalen Partnerorganisationen im Partnerland erfolgt im Rahmen der geltenden Förderrichtlinien für private deutsche Träger. Antragsberechtigt sind demnach gemeinnützige zivilgesellschaftliche Organisationen mit Sitz und Geschäftsbetrieb in Deutschland mit mindestens dreijähriger Projekterfahrung in der Projektregion und mit erfahrenen, nicht gewinnorientierten lokalen Projektträgern.
- Alle Projekte müssen strukturbildende Ansätze verfolgen und sich damit eindeutig von Vorhaben der humanitären Hilfe unterscheiden. Gleichzeitig sollte die Verzahnung der humanitären Hilfe mit langfristigen Ansätzen („HDP Nexus“) bei Planung und Umsetzung von Vorhaben der SI „Geflüchtete und Aufnahmeländer“ berücksichtigt werden. Konkret soll dargestellt werden, wie das Projekt an Maßnahmen der humanitären Hilfe anschließt und auf ihnen aufbaut.
- Wir erwarten eine explizite Verankerung der Themen Gender/ Gleichberechtigung der Geschlechter und Frieden/ Sicherheit in allen Projektvorschlägen. Vorhaben, die die Rolle von Frauen und Frauenorganisationen als wichtige *change maker* für Veränderungen berücksichtigen, sind besonders willkommen. Es ist mindestens eine GG1/ FS1 Kennung, besser GG2 oder FS2 Kennung zu vergeben.

3. Art und Höhe der Förderung

- Das Projektvolumen liegt zwischen 300.000 Euro und maximal 3.000.000 Euro. In besonders begründeten Ausnahmefällen kommt nach vorheriger Rücksprache mit BMZ-Referat G21 ein höheres Projektvolumen in Betracht.
- Die maximal mögliche Projektlaufzeit ist von 2025 bis 2030.
- Projektvorschläge müssen einen Finanzierungsplan mit festen Jahresfälligkeiten enthalten. Der im Weiterleitungsvertrag festgelegte Finanzierungsplan ist grundsätzlich verbindlich und ermöglicht keine Änderungen – Mittel können nicht zwischen den Jahren verschoben werden.
- Der Förderanteil beträgt 90 Prozent.